



Basisdemokratisches Bündnis

fragend schreiten wir voran

Editorial

Viel ist rund um die G8-Gipfelproteste geschrieben und „berichtet“ worden über diesen Typen: „Der Autonome, das unbekannte Wesen“. Auch der hiesige Politik-Professor Walter lies es sich nicht nehmen, unter diesem Titel auf Spiegel-Online über seine Ahnungslosigkeit von der autonomen Szene zu schreiben. Einen ausführlicheren Kommentar zu Herrn Walters Artikel wird in naher Zukunft auf unserer Homepage erscheinen. In der Zwischenzeit empfehlen wir ihm, in Zukunft zumindest den Fernseher nicht mehr mit empirischer Forschung zu verwechseln, falls er immer noch glaubt, seinen Lehrstuhl abzuwickeln wäre ein Verlust für kritische Wissenschaften. In dieser Ausgabe wollen wir uns zunächst darauf beschränken, mal einen Blick darauf zu werfen, wie Realitätsproduktion in einem solchen Medien-Diskurs eigentlich funktioniert (S. 11).

Schwerpunkt dieser Ausgabe sind die weiter schrumpfenden Freiräume an der Uni: Wie bereits erwartet macht sich das Studentenwerk nun, nachdem es mit den ersten im Kreuzberg ring fertig ist, daran, auch die verbliebenen selbstverwalteten Wohnprojekte unter seiner Ägide zu zerschlagen. Bewohner_innen haben sich dagegen bereits zur „here to stay“-Kampagne zusammengeschlossen (S. 6). Der Brand im Oec vergangenen Jahres musste von Anfang an als Instrument gegen studentische Selbstorganisation erhalten. Eine kurze Bilanz ziehen wir auf S. 3. Der etwas allgemeineren Frage, aus welchen unterschiedlichen Gründen Kämpfe um Freiräume geführt werden, geht der Artikel auf S. 4 nach.

Ein wenig betrübt dürften auch diejenigen aktiven Studis vom Nordcampus sein, die sich während der Kürzungen an der Sowi-Fakultät solidarisch zeigten. Recht zu haben ist nämlich leider nicht immer erfreulich. Denn schon damals wussten sie, dass es auch sie als nächstes treffen könnte. Jetzt ist es soweit: Das Präsidium plant fleißig an tiefen Einschnitten in die Budgets der meisten Nord-Fakultäten (S. 2).

Auch ein paar gute Nachrichten wollen wir euch nicht vorenthalten: Zum lang angekündigten Antiffee-Festival strömte eine enorme Zahl an Besucher_innen, um ein Wochenende lang auf dem Campus gegen Sexismus und Nationalismus zu feiern (S. 3). Außerdem gibt es erneute Bestrebungen, eine 48-Stunden-Uni unter dem Namen open_uni zu organisieren (S. 9).

In dieser Ausgabe findet ihr außerdem den Artikel „Politik im Patriarchat“, der der Frage nachgeht, was das patriarchale Geschlechterverhältnis eigentlich für eine Rolle in der Politik spielt. (S. 7-10). Der dritte Teil der Analyse der ADF-Ideologie lässt leider weiter auf sich warten, wird aber in der nächsten Ausgabe mit Sicherheit zu lesen sein. Versprochen.

euer Basisdemokratisches Bündnis

Antiffee-Festival ein voller Erfolg!

Über tausend Besucher_innen feierten auf dem Göttinger Uni-Campus gegen Sexismus und Nationalismus. Das Antiffee-Festival, das das „schöne Leben“ mit der Kritik an Herrschaftsverhältnissen gelungen versuchte zu verbinden, lockte zahlreiche Gäste von Außerhalb und aus Göttingen vor die Bühne und zu interessanten Workshops.

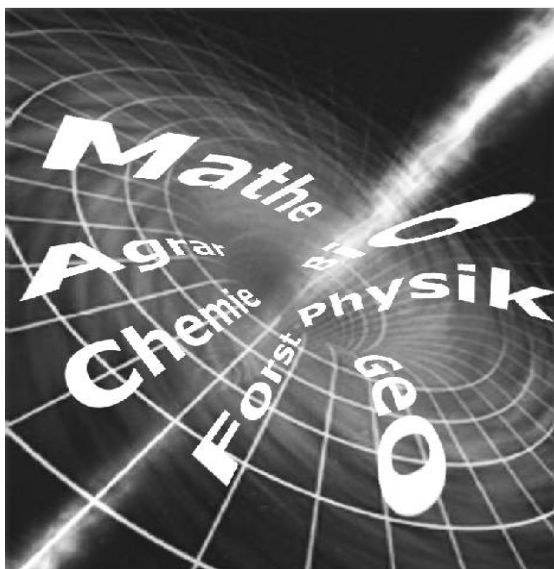
Seite 3 ►

...außerdem in dieser Ausgabe:

- **Neue Kürzungsrunde:** Jetzt ist auch die Norduni drann (Seite 2)
- **Oec-Brand ganz gelegen** – das Oec wird aufgeräumt (Seite 3)
- **Freiräume erkämpfen** – Hintergründe von Häuserkämpfen (S. 4-5)
- **Nächste Runde** – Studiwerk droht Wohnprojekten (Seite 6)
- **Politik im Patriarchat** – Das Geschlecht der Politik (Seite 7-10)
- **open_uni** – Endlich mal wieder selbstbestimmte Bildung (Seite 9)
- **G8 & Medienberichte** – Manipulation oder Ideologie? (Seite 11)



Freiräume verteidigen! ► Seite 4-6



Neue Kürzungsrunde – Diesmal an den Nord-Fakultäten

Kaum dass die Studiengebühren für alle Studierenden eingeführt wurden, um die Lehre zu ‚verbessern‘, droht schon wieder eine neue Kürzungsrunde. Diese soll nur dieses Mal still und heimlich von statten gehen und trägt den Codenamen ‚Umstrukturierung‘. Umstrukturierungen müssen per se nicht böse sein – in der Bildungspolitik sind sie es leider schon, wenn man an die Hochschuloptimierungskonzepte (HOK I, II, III) oder den Zukunftssicherungsvertrag denkt. Sie klingen zwar schön, brachten jedoch leider enorme Einschnitte mit sich.

Das Ziel dieser Umstrukturierung ist es, bei den meisten Fakultäten der Norduni „die Fakultätsbudgets um ca. 10-15% zu entlasten“. Im Klartext heißt das, es wird gekürzt und zwar sollen „20% der Professuren eingespart werden“¹⁾. Bei derzeit ca. 100 Professuren, sind das also 20 (!) Professor_innen-Stellen, die gestrichen werden sollen. Das soll natürlich durch „Synergie-Effekte“ ausgeglichen werden, sodass niemand merkt, dass da schon wieder ein_e Professor_in fehlt. Diese Behauptung entbehrt mal wieder jeder Grundlage. Wie sollen denn (aufgrund der vorangegangenen Kürzungsrunden) die ohnehin schon arg gebeutelten und vollkommen überlasteten Fakultäten eine weitere Kürzung überstehen, ohne dadurch weiter an fachlicher Kompetenz zu verlieren? Darüber hinaus werden von der Uni-Leitung schon einige ‚Einsparpotentiale‘ angedeutet.

Weiterhin sei es wichtig das Profil in der Forschung zu schärfen, wofür diese Kürzungen notwendig seien (!), um neue finanzielle Spielräume zu schaffen. Hier wird also Profilschärfung und Verbesserung in der Forschung mit Kürzungen erreicht. Darüber hinaus sollen die Studiengänge „restrukturiert“ werden, um angeblich unausgelastete Studiengänge zu transformieren. Nach Aussage des Präsidiums sei es nämlich so, dass fast keine der Fakultäten ausgelastet sei. Diese Behauptung kommt dadurch zustande, dass für die Auslastungsbewertung immer die neu eingeschriebenen Semester herangezogen werden. Nun war es bei der Immatrikulation im letzten WS so, dass sich beispielsweise auf die Studiengänge in der Fakultät für Geowissenschaften und Geographie über 200 Bewerber_innen auf knapp 100 Studienplätze beworben haben. Nach

der ersten Immatrikulationsrunde waren noch ca. 40 % der Studienplätze frei - das ist eine normale Quote. Das darauf von der Uni durchzuführende Nachrückverfahren wurde jedoch nicht direkt nach der ersten Einschreibefrist, sondern erst ca. 3 Wochen (!) nach Beginn des Semesters durchgeführt. Ähnlich lief das auch in anderen Fakultäten ab. Das heißt also, dass hier mit Zahlen operiert wird, die die Uni-Leitung selbst verschuldet hat. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Studiengänge voll ausgelastet wären, wenn die Uni-Verwaltung nicht geschlampt hätte. Kurz und gut: Die Auslastungsdebatte ist kein von den Fakultäten verschuldetes Problem, sondern eines, was das Uni-Präsidium vielleicht ganz bewusst produziert hat.

Besonders die geowissenschaftlichen Studiengänge seien nicht ausgelastet, heißt es in dem Papier aus dem Präsidium. Dort bestehe „für die nächsten zwei Jahre vor-dringliche(r) Handlungsbedarf“. Übersetzt heißt das ‚entweder Ihr kriegt euren Studiengang voll, oder es wird gekürzt!‘ Eine ähnliche Androhung hat auch schon die Informatik bekommen.

Die geplante Umstrukturierung

Der neueste Plan, den unser Uni-Präsidium wieder ausgeheckt hat, sieht zwei Umstrukturierungsvorschläge vor:

1. Aus den Fakultäten Agrarwissenschaften, Forstwissenschaften, Biologie und Geowissenschaften/Geographie sollen zwei Fakultäten gegründet werden: Eine für Umweltwissenschaften und eine für molekulare Biowissenschaften. Dazu sollen die einzelnen Professuren der derzeitigen Fakultäten in die neuen Fakultäten eingegliedert werden. Dabei werden die Fakultäten in Einzelteile zerlegt und neu zusammengewürfelt. So werden 2 Professuren für Geo-

wissenschaften und Geographie in die neu entstehende Molekularbiologische Fakultät verlegt und 10 in die Umweltwissenschaften. Dazu kommt, dass 15 weitere Professuren in andere Fakultäten überführt werden. Fachlich zusammenhängende Themenbereiche werden so auseinander gerissen.

2. Der zweite Vorschlag sieht wie folgt aus: Es wird ein Mathematisch-Naturwissenschaftliches Studienzentrum eingerichtet. Das soll eine fakultätsübergreifende Verwaltungseinheit werden, unter der alle Naturwissenschaften (also auch Mathematik, Chemie und Physik) zusammengefasst werden. Dazu sollen viele wichtige Kompetenzen von den Fakultäten an dieses Studienzentrum abgegeben werden. Die Studiendekane der Fakultäten sollen den Vorstand bilden, in dem auch studentische Vertreter_innen und wissenschaftliche Mitarbeiter_innen mitbestimmen sollen. Deren Einflussmöglichkeiten sind wie überall sehr begrenzt. Auch dadurch sollen enorme Einsparungen (also Kürzungen!) möglich sein, die sich natürlich „positiv“ auf die Studiensituation auswirken.

Konsequenzen

Wir können uns auf die nächsten einschneidenden Kürzungen gefasst machen. Denn wie mensch sieht, hilft es da auch nicht jedes Semester 500 € Studiengebühren zu bezahlen, damit alles wieder gut wird. Stattdessen stehen, kaum dass die erste Überweisung ausgefüllt ist, schon wieder neue Kürzungen an. Wenn wir uns das weiter gefallen lassen, wird in ein paar Jahren nichts mehr von der derzeitigen Uni-Landschaft übrig bleiben. Alles, was nicht irgendwie ökonomisch verwertbar ist, wird einfach weg gestrichen. Also bleibt uns nur eine Chance: Wir müssen Widerstand leisten.

bg-geo@gmx.de

¹⁾ Die Zitate stammen aus einem ‚geheimen‘ Papier der Uni-Leitung, an das wir über einige Umwege aber trotzdem gekommen sind.

Im Oec wird aufgeräumt

Wenngleich es nicht so schnell wie zunächst gedacht voran geht, wird im Sozio-Oeconomicum sichtbar fleißig renoviert. Viel schneller aber als das Beseitigen der Brandschäden haben die Studierenden gleich nach dem Brand erleben müssen, dass dieser auch anderweitig als Anlass zum Aufräumen genommen werden kann.

Die Ursache des Brands, die erheblichen Sachschaden angerichtet und zum Tod eines Feuerwehrmenschen geführt hatte, ist bis heute ungeklärt. Dennoch, wir erinnern uns, war sehr schnell klar, dass dieser als Vorwand genutzt werden würde, das von Studierenden selbstorganisierte Café Kollabs aus der Uni-Landschaft verschwinden zu lassen. Bereits ein paar Tage nach dem Brand versuchte die Uni-Verwaltung die Betroffenheit darüber zu nutzen, um die Verantwortung wahlweise den Kollabs Nutzer_innen anzulasten oder die Ermittlungen auf den für das Kollabs zeichnenden FSR zu lenken. Widerspruch gegen die Kündigung des Kollabs fiel entsprechend milde aus.¹

Eine andere Gelegenheit wurde beim Schopfe gepackt: Die Räume konnten nun nach „sinnvollen“ Kriterien neu verteilt und den momentanen Arbeitsstrukturen angepasst werden. Dies ist in der Tat geschehen, allerdings bleibt die Vermutung, dass das Verschwinden der Sowi-Fachschaft vom Eingangsbereich nicht ganz nur Neuorganisationskriterien geschuldet war: Das gut sichtbare Fenster neben dem Haupteingang, das vom FSR Sowi genutzt wurde, um das kurz zuvor verhängte Plakatierverbot zu kompensieren, war einigen an den Fakultäten der Sowis und Wiwis schon länger ein Dorn im Auge. Besonders die als Kritik am nationalistisch aufgeladenen „Volksfest“ der Fußball-WM aufgehängte, verfremdete Deutschlandfahne entlud so einiges an Wut bei so machen „stolzen Deutschen“.²

Dieser Raum, der stattdessen den Frauenbeauftragten zugeteilt und bereits eine ganze Weile von ihnen genutzt wurde, bekommt jetzt jedoch erneut neue Benutzer_innen. Nun wird er der Politik-Professur von Franz Walter überantwortet, der mit Sicherheit keine Plakate an die Fenster hängen wird, die etwa missverständlicherweise den unerwünschten Eindruck vermitteln könnten, an dieser Uni gäbe es eine kritische Diskussionskultur oder stünden gar Fragen gesellschaftlicher Relevanz auf der Tagesordnung. Auch die Frauenbeauftragten verschwinden damit aus dem sichtbaren Bereich des Oecs in ein abgelegenes Büro im ersten Stock. Inwiefern auch deren Fensternutzung nicht genehm war, bleibt offen. Sicherlich kann dies auch einem unberücksichtigtem Nebeneffekt bei der Raumplanung geschuldet sein. „Versehentlich unberücksichtigt“ ist ja bekanntlich etwas, das im Zusammenhang mit Frauenbeauftragten öfters vorkommt.

Als Fazit bleibt festzuhalten: Der Brand konnte erfolgreich instrumentalisiert werden, den Studierenden ein weiteres Stück Freiraum zu nehmen. Nach der Plakatiertfläche sind nun auch sichtbare Räume studentischer Selbstorganisation, wie FSR und die (studentischen) Frauenbeauftragten weiter in die Unsichtbarkeit gerückt. Das Kollabs ist vollständig verschwunden. Eine weiterer gelungener Schritt in Richtung modernisierter Service-Universität, die sich auch optisch darauf ausrichtet, sich nicht mehr an den vielen scharfen Ecken und Kanten der Kritik reiben zu müssen, sondern effektiv die nun zu Kunden Degradierten zu dem zurecht machen können, was sie einmal werden sollen: willfähige, flexibel-anpassungsfähige und stumme Arbeitskräfte.

patrick@bb-goettingen.de

¹) vgl. „Gelegenheit macht Diebe“ in BB-Zeitung #10, www.bb-goettingen.de/607

²) Eine Dokumentation empörter Protest-Briefe an den FSR findet sich unter: <http://emanzipationoderbarbarei.blogspot.de/studium/dokumente/beschwerdemails/>

Antifée-Festival ein voller Erfolg!



„Feierei“ auch im Regen: Antifée wahnsinnig gut besucht

Weit über tausend Personen feierten von Freitag dem 15.06. bis Samstag den 16.06.07 in Göttingen gegen Sexismus und Nationalismus. Das Festival wurde von unterschiedlichen Gruppen und Einzelpersonen organisiert. Darunter auch Mitglieder des Basisdemokratischen Bündnis. Trotz des starken Regens feierten bereits am Freitag mehrere hundert Menschen bis Mitternacht. Am Samstag blieb das Wetter freundlich, so dass der Festivalplatz beim Campus zum Abend hin gut gefüllt war. Bis Mitternacht lief das Konzert. Danach wurde in den Kellern diverser alternativer WGs rund um das Festivalgelände weiter gefeiert bis in den nächsten Morgen. An dieser Stelle einen riesen Dank an die BewohnerInnen des Kreuzberggrings und der Goßlerstr. Ihre Unterstützung hat gezeigt, dass solche selbstorganisierten Events nur mit der Unterstützung bereits bestehender selbstorganisierter Strukturen möglich sind. Ein guter Grund die „Here to stay“ Kampagne zu unterstützen. (www.heretostay.de)

Die Antifée-Kampagne ist jedoch nicht nur wegen dem gut besuchten Festival als Erfolg zu werten. Auch die inhaltlichen Workshops, die im Rahmen des Festivals angeboten wurden, waren ausgesprochen gut besucht. Das gleiche gilt für die Veranstaltungen im Vorfeld. Die zweimonatige Veranstaltungsreihe (www.antifée.de/35), die den inhaltlichen Rahmen für das Festival abstecken sollte, wurde ebenfalls sehr gut angenommen. Auch die Veranstaltungen, die inhaltlich von den Gruppen selbst getragen wurden und deshalb nicht mit großen ReferentInnen-Namen wuchten konnten. Das zeigt, dass es scheinbar auch nach fünf Jahren rechten Asta, der Einführung von Studiengebühren und dem engen Korsett der Bachelor Studiengänge noch immer ein großes Interesse an kritischer Reflexion gibt.

Zuletzt möchten wir noch einmal allen danken, die dieses Festival möglich gemacht haben: Den AktivistInnen, die eine große Menge Zeit und Nerven geopfert haben, ebenso wie an den Bands, die fast alle auf eine Gage verzichten haben und den vielen BesucherInnen, die trotz des unberechenbaren Wetters erschienen und geblieben sind.

Die gelungene Antifée-Broschüre, die das Festival inhaltlich unterfüttern sollte, ist weiterhin im FSR-Sowi Raum oder auf der Homepage www.antifée.de erhältlich.

Ihr wart super! *To be continued...*

Freiraum bleibt Freiraum bleibt Freiraum... (Teil 1)

Vorgeplänkel

Im vergangenen Februar wurde das Jugendzentrum Ungdomshuset in Kopenhagen geräumt. Anfang der Neunziger wurde das Haus, welches in den Achtzigern von linken Gruppen besetzt wurde, von der Stadt an die rechte Sekte Vaderhuset verkauft. Ob der Verkauf rechtlich überhaupt hätte passieren dürfen ist fraglich, da die Nutzer_innen des Hauses eine Vereinbarung mit der Stadt getroffen hatten, nach der ihnen das Haus zur Verfügung gestellt wurde. Bereits damals wurde ein breites Bündnis von linken Gruppen, den Nutzer_innen des Hauses und verschiedenen bürgerlichen Organisationen gegründet, die sich für das Haus einsetzen und gleichzeitig Vaderhuset bekämpfen wollten. Bereits im Wettkampf um den Kauf sammelten Unterstützer_innen bis zu 2 Mio. Euro, was jedoch nicht reichen sollte, um die Stadt von der Ernsthaftigkeit des Angebots zu überzeugen. Vielmehr wurde das Haus an einen Immobilienmakler verkauft, der in engem Kontakt zu Vaderhuset steht. Nach einem jahrelangen Tauziehen mit der kopenhagener Stadtverwaltung wurde 2000 absehbar, wohin der Konflikt führen würde. Noch versuchte die Verwaltung die Nutzer_innen des Hauses mit inakzeptablen Alternativvorschlägen friedlich aus dem Haus zu locken, doch diese weigerten sich, da kein Haus auch nur annähernd an die Lage, die Größe und die Geschichte dieses Projektes heranreichen konnte.

Nachdem bereits im Dezember 2006 viele Menschen auf die Straße gegangen waren und entschlossenen Widerstand angekündigt hatten, begann wie erwartet die Räumung. Dennoch ereignete sie sich mit einer überraschenden Vehemenz. Sogenannte „Anti-Terrereinheiten“ der Polizei stürmten das Gebäude vom Dach

aus, andere brachen über eine Seitenwand des Gebäudes mit Hilfe eines von einem Hebekran in die

Luft gehobenen Containers ein und wieder andere sorgten dafür, dass keine Menschen auch nur in die Nähe des Hauses gelangen konnte. Der Stadtteil Nørrebro wurde fast eine Woche lang von der Polizei in einen Ausnahmezustand versetzt. Doch die Unterstützer_innen reagierten recht schnell. Der Widerstand gegen die Räumung zog sich hin. Auf über 3 Tage intensivster Auseinandersetzung folgten verschiedene Großdemonstrationen bis in den März hinein. Doch die Geschichte des Ungdomshuset endete bereits am Tag der Räumung, als Bagger und Kräne anfangen das Haus zu demolieren, bis schließlich nichts als das Fundament mehr stand.

Freiraum bleibt...

In fast jeder Stadt gibt es noch Freiräume. Von einer ehemaligen Fülle an Projekten, die im wesentlichen in den Bewegungen der 80er Jahre entstanden, sind nur noch relativ wenige übrig. Dies hat nicht zuletzt auch mit einem gesellschaftlichen Wandel zu tun, der dazu geführt hat, dass emanzipatorische Bewegungen an Stärke eingebüßt haben. Sie sind jedoch nicht vollständig von der Bildfläche verschwunden und werden vorläufig auch noch bestehen bleiben. Und solange es diese Bewegungen gibt, brauchen sie Orte, an denen sie sich so unabhängig wie möglich bewegen und organisieren können. Diese Orte sind sogenannte Freiräume und haben eine zentrale Bedeutung für progressive Bewegungen – selbstverständlich auch für die Gesellschaft als Ganze. Deshalb ist es notwendig die bestehenden Freiräume zu verteidigen, auch wenn es bisweilen schwierig erscheint, diese halten zu können, wie die Geschehnisse rund um die Räumung des Ungdomshuset in Kopenhagen gezeigt haben. Die Verteidigung bleibt nicht zuletzt

deshalb wichtig, weil die gesellschaftlichen Veränderungen, welche emanzipatorische Bewegungen in Westeuropa erheblich geschwächt haben, auch für einen Wandel im Bezug auf das Bewusstsein für Freiräume in breiten Bevölkerungsschichten gesorgt haben. Es ist durch diese Bewusstseinsveränderung für Politik und Verwaltungen wieder akzeptabel den Freiräumen offen zu drohen, in ihren Möglichkeiten einzuschränken und sogar einzustampfen. Dies ist keine auf Deutschland beschränkte Entwicklung, sondern vielmehr ein europaweites Phänomen. Die Räumung des Ungdomshuset ist nur ein Beispiel, aber wohl auch ein Höhepunkt des Widerstandes rund um das Thema Freiräume und Repression.

In den Niederlanden sieht sich die im Vergleich zu anderen europäischen Ländern immer noch starke Hausbesetzer_innen-Bewegung vermehrt mit lokalen Verwaltungen und dem Staat konfrontiert. Wo es Mitte der 90er Jahre noch möglich war für ein geräumtes Haus wieder zwei neue zu besetzen, ist es heutzutage so, dass die Freiräume einerseits immer mehr in die Peripherie rücken müssen, um einigermaßen sicher vor einer Räumung zu sein, und andererseits Räumungswellen angesetzt werden. Bestes Beispiel dafür ist die Räumungswelle im Januar in Amsterdam, in der drei besetzte Häuser auf einen Schlag geräumt wurden. Diese war die bislang letzte Welle einer bereits seit Jahren andauernden Repression gegen Hausbesetzer_innen in den Niederlanden.

Und auch in Deutschland sehen sich Freiräume, wie der schwarze Kanal und das Köpi in Berlin und die Hafensstraße in Hamburg, vermehrt mit Schikanierungen und Androhungen durch die lokalen Verwaltungen konfrontiert. Um die lokale Bedeutung dieser Tendenz etwas konkreter zu machen: Auch in Göttingen haben z.B. Studentenwerk und der Universitätsverwaltung diese Tendenz aufgegriffen. So wurde das Café Kollabs frühzeitig durch die Raumverwaltung aufgelöst. Die bislang in Kollektivverträgen organisierten Studierendenwohnheime im Kreuzberggring, Gotmarstraße und in der Roten Straße sehen sich nun mit einem Angriff auf ihre Selbstbestimmung konfrontiert.¹ Aus dieser Perspektive sollte deutlich werden, was auch hier vermehrt auf der Tagesordnung stehen sollte.

Freiraum kommt...

Die Gründe für den Erhalt sowie den Kampf um neue Freiräume sind vielfältig, liegen jedoch für die meisten Menschen nicht sofort auf der Hand. Es wird in dieser Artikelreihe im Allgemeinen drei Ebenen geben, anhand derer die Gründe für Freiräume einge-



hender dargelegt werden sollen. Die erste betrachtet den Umstand, dass es sich beim Kampf um Freiräumen immer um eine Antwort auf soziale Konflikte handelt, die aus den bestehenden ökonomischen Verhältnissen resultieren. Die Bewegungen in den Achtzigern in Dänemark, den Niederlanden, Deutschland, Spanien und anderen europäischen Ländern waren eine Antwort auf die Zustände, die dort vorherrschten. Zum einen war es eine Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen im Allgemeinen, zum anderen aber eine praktische Bewegung, die sich konkret gegen unzumutbare Mietpreise auflehnte. Die zweite Ebene stellt die Möglichkeit dar, in selbstverwalteten Räumen, andere Formen von Entscheidungs- und Diskussionsprozessen ausprobieren zu können. Damit dienen Freiräume auch der Bewusstseinsveränderung hin zu anti-autoritären Umgangsformen. Da die Treffen meist für alle offen sind, lassen sie zu, dass Menschen sich in der Selbstorganisation üben, was unausweichliche Bedingung für eine emanzipatorische Veränderung der Gesellschaft ist.

Die in dieser Reihe als letzte angeführte Ebene bezieht sich auf die strukturellen Verbesserungen der Lebensumstände, die durch die Aneignung von Lebensbedingungen resultiert. Sei es die Umsonstnutzung von Internet in kostenlosen Internetcafés oder das Lagern von Materialien, die so für alle zugänglich werden. In diesem Artikel soll im Besonderen zunächst auf den Konflikt der Mietpreise genauer eingegangen werden, welcher momentan wieder an Aktualität gewinnt, da mehr und mehr Menschen aus der Partizipation am gesellschaftlichen Leben (Wie Kino oder andere Unterhaltungsmedien) ausgeschlossen werden.

Freiräume vs. Mietpreise

Die Großstädte der westeuropäischen Staaten wurden in den Achtzigern im Zuge der ökonomischen Expansion Europas zunehmend teurer und dadurch unbezahlbar für jene, die unter der Logik des Kapitalismus am meisten litten. Dadurch wurden sie in die Peripherie gedrängt und waren mit zunehmend schlechteren Lebens- und Wohnbedingungen konfrontiert. Die Hausbesetzer_innenbewegung war zum Teil eine Antwort auf neue Konzepte für städtische Infrastruktur, die zu dieser Zeit entwickelt wurden. Diese zielten darauf ab Innenstädte zugänglicher für den Dienstleistungssektor zu machen, was mehr und mehr „Shoppingstreets“ entstehen ließ, die in einigen Metropolen bereits bekannt waren. Mehr und mehr wurden die Wohnräume modernisiert und damit gleichzeitig teurer.

Diesen Prozessen, die auf die Kommerzialisierung der Innenstädte abzielten, wollten die Hausbesetzer_innen etwas entgegensetzen. Es wurden Freiräume erkämpft und geöffnet für Menschen, die darin leben wollten. Sie boten eine gute und vor allem bezahlbare Alternative für jene, die sich die teuren Wohnungen in den Zentren nicht mehr

leisten konnten. In den Niederlanden entstand so eine breite Bewegung, die sich vor allem auf den Widerstand gegen die Umstrukturierung der Innenstädte konzentrierte. Ebenso entstanden Treffen, an denen Menschen, die bis dahin nichts mit Gesellschaftskritik zu tun hatten, teilnehmen konnten, um zu erfahren, wo Räume leer standen und wie eine Hausbesetzung funktionierte. Dieses Prinzip dezentraler Organisation trug den Namen der sogenannten „Kraaksprekuren“, die bis heute existieren.

Die Menschen, die anfangs unpolitisch einstiegen, nahmen an den Treffen primär teil, weil sie bei der Kommerzialisierung der Innenstädte unter die Räder gerieten. Denn im Zuge der Umstrukturierungen der Innenstädte wurde auch die Spekulation mit Immobilien und vor allem mit Grundstücken zunehmend attraktiver. So kam es bald zu dem Phänomen, dass Häuser, die gut bewohnbar, d.h. in gutem Zustand, waren, über Jahre hinweg leer standen, weil eine Bewohnung durch Mieter_innen den Preis „des Objektes“ gesenkt hätte. Dies zum einen, weil es schwierig ist, einen bestehenden Mietvertrag zu kündigen und zum anderen, weil die Bewohnung den Wert der betreffenden Immobilie abnutzt. So entschieden sich viele der Spekulant_innen ihre Immobilien leer stehen zu lassen und so eine dauerhafte Steigung des Immobilienwerts zu garantieren.

Unter diesen Umständen kam und kommt es zu der abstrusen Situation, dass Menschen auf der Straße sitzen, obwohl Gebäude zuhauf leerstehen. Nicht etwa, weil die Mieter_innen zu gut geschützt wären und auch nicht, weil die Spekulant_innen böse Absichten hätten. Sie folgen lediglich stringent einer ökonomischen Logik. In den Niederlanden kam es durch das Konzept der dezentralen Organisation recht schnell zu einer Popularisierung des Mietkampfes. Auch in Deutschland, vor allem in Berlin, kam es zu vielen Besetzungen leerstehender Häuser, die so wieder bewohnbar gemacht wurden. Dies hatte zum einen die Konsequenz, dass Bewohner_innen keine Miete bezahlen mussten und zum anderen, dass dem konkreten Problem der Wohnungsnot durch Selbstorganisation Abhilfe geschaffen wurde.

Dadurch senkten sich die allgemeinen Mietpreise zwar nicht erheblich, aber es wurden Freiräume erkämpft, was auch erstmals richtig die Aufmerksamkeit der Politik erregte, die daraufhin versuchte, es wieder in „geordnete“ Bahnen zu lenken. Dies führte zu verschiedenen Ansätzen, wie etwa das Konzept des „Sozialen Wohnungsbaus“, das sich vor allem dafür zuständig sah, erschwingliche Wohnräume in der Nähe der Zentren zur Verfügung zu stellen. Diese erkämpften Verbesserungen der Miet- und Wohnzustände sorgten kurzfristig - jedoch nicht auf Dauer - dafür, dass sich das Problem der Behausung entschärfte. Doch heute tritt das Problem der

hohen Mietpreise in den Zentren wieder auf. Hohe Arbeitslosenzahlen und weitere Einschnitte in den Sozialstaat führen dazu, dass jene, die durch das gesellschaftliche Raster fallen, sich wieder mit der nackten Tatsache konfrontiert sehen, dass sie nicht wissen, wie sie bis zum Ende des Monats finanziell überleben sollen. Darüberhinaus kommt es seit der Einführung von Harz IV vermehrt dazu, dass Menschen aus ihren Wohnungen geschmissen werden, weil sie angeblich „über ihre Verhältnisse“ Leben würden.

Zum Schluss soll noch ein konkretes Beispiel aus Göttingen dazu dienen, die gesamte Thematik noch einmal zu veranschaulichen. Die Studierendenwohnheime im Kreuzberggring sollten in den Achtzigern abgerissen werden, um den Kreuzberggring um eine zweite Spur zu vergrößern. Zwar war die Wohnungsnot in einem doch provinziell geprägten Göttingen nicht sonderlich hoch, es boten sich dennoch genug Gründe, die gegen eine Vergrößerung des Kreuzberggrings und für eine Besetzung der Wohnheime sprachen. Wer sich den strukturellen Mangel an bezahlbaren Studierendenunterkünften in Göttingen anschaut, wird einsehen, dass es auch aus diesem Grund noch heute Sinn machen würde derart zentrale gelegene Wohnräume wieder bewohnbar zu machen. Durch die Besetzungen wurden zum einen neue Studierendenwohnheime geschaffen, die nun immer noch von vielen bewohnt werden und zum anderen entstand Druck auf die Verwaltung, mehr bezahlbare Wohnräume zur Verfügung zu stellen.

Mietpreise sollen gehen...und das Ganze drumherum

Wir haben gesehen, dass die Erkämpfung von Freiräumen viel mit konkreten menschlichen Bedürfnissen zu tun hat, deren Erfüllung dieser Gesellschaft immer wieder aufs Neue abgerungen werden muss. Ohne eine gesellschaftliche Perspektive über jene absurde Verwertungslogik, die es „sinnvoller“ erscheinen lässt, Wohnraum ungenutzt zu lassen als ihn Menschen zur Verfügung zu stellen, hinaus, bleiben solche Kämpfe jedoch Kämpfe gegen Windmühlen. Deshalb betrachten wir nur solche Freiräume als emanzipatorisch, die zwei Dinge kombinieren. Zum einen die unmittelbare Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen und zum anderen jene, die die Möglichkeit einer emanzipatorischen Veränderung der Gesellschaft aufrecht erhalten und erweitern. Im nächsten Artikel dieser Reihe wird es darum gehen, wie die Existenz von Freiräumen zu einer strukturellen Verbesserung der Lebensbedingungen führen kann und welche Initiativen sich konkret in und im Umfeld von Freiräumen entwickeln können.

kraak@bb-goettingen.de

¹⁾ Vgl. hierzu S. 5

²⁾ dt.: Besetzungssprechstunden

Das Studentenwerk droht den selbstverwalteten Häusern in der Roten Straße, im Kreuzberggring und in der Gotmarstraße

Die Wohnheime, in denen Groß-WGs mit je bis zu zehn Menschen leben, sollen unbedingt ihre kollektiven Mietverträge aufgeben, sodass die Augen des Studentenwerks ohne Probleme auch noch die letzten Ecken seines Verwaltungsbereichs reichen können. Bisher werden Menschen, die sich für eine Wohnung in einer dieser Wohnheime anmelden wollen, freundlich an die Bewohner_innen verwiesen. Hierdurch können diese selbst entscheiden, wer bei ihnen einzieht. Darüberhinaus gibt es keine derart ausgebauten Überwachungsmöglichkeiten, wie in anderen Häusern des Studentenwerks, in denen die meisten Angelegenheiten zentral geregelt werden. Mag gar nicht so schlimm sein? „Muss ich mich nicht ums sauber machen kümmern, das Studentenwerk erledigt schon alles Nötige für mich“, werden sich so manch Serviceorientierte_r vielleicht denken. Doch das widerspricht dem Anspruch der selbstverwalteten Projekte. Ihnen geht es darum, möglichst große Freiheiten und Selbstorganisationsprozesse zu schaffen. Es geht darum, ohne jemanden auszukommen, der_die einer_einem erzählt, wie man zu leben habe; darum, dass man selbst entscheidet, wie und mit welchen Mitteln man leben möchte. Damit machen diese Projekte, die gerade aus einer Kritik an der autoritären Gesellschaft entstanden sind, diese nicht zu einer besseren, aber immerhin gibt es dadurch ein paar Orte, an denen emanzipatorische Organisations- und Lebensformen ausprobiert werden können.

Die Gewaltandrohung

Doch für solche Träume bleibt im Moment wenig Raum. Das Studentenwerk hat bereits

Bereits seit einigen Jahren läuft von Seiten des Studentenwerks die Umstrukturierung selbstverwalteter Wohnheime. In vielen WGs und einigen selbstverwalteten Häusern wurden die Kollektiv- oder Hauptmietverträge gekündigt und in Einzelmietverträge umgewandelt. Mit dieser Umstrukturierung ging zudem eine Mieterhöhung um bis zu 20% durch Anhebung der Nebenkosten einher.¹ Inzwischen hat sich unsere damalige Vermutung, dass die übrigen selbstverwalteten Wohnheime als nächstes auf der Abschlusliste des Studentenwerks stehen, bewahrheitet und in eine konkrete Drohung umgesetzt.

mit Gewalt gedroht und ist dabei diese praktisch in die Tat um zu setzen. Einigen Kollektiven der Häuser wurden unterschiedliche Ultimaten gesetzt an denen sie sich entschieden haben müssen, ob sie sich dem Zwang der Individualverträge beugen oder nicht. Tun sie es nicht, bedeutet dies die Kündigung. Ganz nach dem Motto: „Friss oder Stirb“ wurden in den vergangenen Monaten einige Häuser konkret mit dem Angriff des Studentenwerks konfrontiert. Die Kampagne „Here to stay“, die von den Bewohner_innen der Häuser gestartet wurde, deutet aber darauf hin, dass sie sich von der Strategie des Studentenwerks nicht einschüchtern lassen und entschlossen die Selbstverwaltung der Häuser verteidigen werden. Das Studentenwerk sieht die Legitimität seines Handelns in der allgemeinen Tendenz der heutigen Gesellschaft zu verstärkter Repression gegenüber Freiräumen. Wir, das Basisdemokratische Bündnis, solidarisieren uns mit den Betroffenen dieser repressiven Umstrukturierung und fordern das Studentenwerk ausdrücklich auf, jegliche weiteren Schritte, die nicht zu einer Lösung der Situation führen, die den Anliegen der Menschen in den Wohnprojekten gerecht werden, unterbleiben zu lassen.

Wider die repressiven Umstrukturierungen

Diese Umstrukturierungen geschehen nicht zufällig. Sie folgen einer ganz bestimmten gesellschaftlichen Logik, die sich in den letzten Jahren zunehmend durchgesetzt hat. Gerade im Uni-Alltag wird deutlich, wie sehr die repressiven Umstrukturierungen bereits Standard geworden sind. Die Einführung von Langzeitstudiengebühren legten den ersten Grundstein für die Durchnormalisierung des Uni-Alltags. Wie eine Ware auf dem Laufband, die Mängel aufweist,

werden Studierende aussortiert. Das Gleiche gilt für die Einführung von allgemeinen Studiengebühren. Menschen, die sich ihr Studium nicht selbst finanzieren können, dürfen inzwischen auch gar nicht mehr anfangen, wenn sie sich nicht am Ende vor einem Schuldenhaufen sehen wollen. Doch erst die Einführung von BA/MA hat gezeigt, wozu das Studium heutzutage eigentlich bloß noch erforderlich sein soll. Es geht um die autoritäre Dressur und um das Gefügigmachen von Menschen für die profitable Verwertung. Sie sollen möglichst flexibel und stressbeständig sein, damit am Ende für die Ökonomie ja auch bloß eine Arbeiter_innen-Armee zur Verfügung steht, die den sich zunehmend schneller ändernden Ansprüchen der Wirtschaft standhält. Was bedeuten da schon die Bedürfnisse der einzelnen Individuen?

Freiräume für Alle!

Deshalb stehen die Geschehnisse rund um die selbstverwalteten Projekte im engen Zusammenhang mit der Uni und der Gesellschaft als Ganzes. Wir fordern daher über das Obengenannte hinaus: Das Studentenwerk soll allen Bewohner_innen aller Studentenwerkshäuser mit kollektiven Wohnräumen die Möglichkeit bieten Kollektivverträge einzugehen. Aus unserer Sicht ist es schlichtweg inakzeptabel, dass die Wohnbedingungen derart autoritär und zentralistisch geregelt werden, wie das beim Studentenwerk inzwischen der Fall ist. Darüberhinaus rufen wir alle Studierenden dazu auf, sich mit den Bewohner_innen der bedrohten Projekte zu solidarisieren und auf die Demo am 11.08. in Göttingen zu kommen.

In diesem Sinne:
Freiräume für Alle!

Für ein selbstbestimmtes Wohnen!

kraak@bb-goettingen.de



Kreuzberggring: „Here to stay“. Foto: www.heretostay.de

¹) vgl. „Niemand hat die Absicht...“ in BB-Zeitung #9, www.bb-goettingen.de/478

Politik im Patriarchat

Im Folgenden soll ein geschlechtssensibler Begriff von Politik skizziert werden, der die neutral und unabhängig erscheinende Sphäre der Politik zu erfassen versucht als eingebettet in einer Gesellschaftsformation, die von verschiedenen Ideologien und Herrschaftsverhältnissen durchzogen ist.

Eines davon, wenngleich nicht das einzige, ist das (moderne) Geschlechterverhältnis, dessen Wirken als Ausschließungs- und Normierungsmechanismus viel zu oft unterschätzt und ausgeklammert wird.

Was Männer und Frauen ausmacht, wird zu meist als „genetische Veranlagung“ oder „biologische Disposition“ betrachtet, denen mit allerhand wilden Analogien aus dem Tierreich oder einem mehr aus Projektion des Bestehenden als aus Aneignung des Vergangenen bestehendem Geschichtsbild Plausibilität verliehen wird.¹ Was aber gerade das spezifische der Menschen ausmacht, nämlich dass diese in der Lage sind komplexe und vor allem dynamische und veränderliche Gesellschaften auszubilden, wäre es, was hier besondere Beachtung verdiente.

Wie jahrzehntelange feministische Forschung gezeigt hat, gilt diese Veränderlichkeit insbesondere auch für Vorstellungen und Darstellungsweisen von Geschlecht. Wenn also in diesem Artikel von „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ die Rede ist, so sollen diese immer als gesellschaftliche Kategorien verstanden werden, deren Ursprung eben nicht in einer biologisch-zweigeschlechtlichen „Programmierung“, sondern in gesellschaftlicher Praxis zu suchen ist.²

Wer über Geschlechterrollen schreibt und versucht zu erfassen, wie sich die moderne Zweigeschlechtlichkeit im Einzelnen ausprägt, gerät leicht in die Gefahr, mit dem Herausarbeiten von „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ gerade jene Zwangskategorisierung und Stereotypen zu verfestigen, die eine emanzipatorische Kritik eigentlich zu durchbrechen trachtet. Denn es handelt sich bei Geschlechterkonstruktionen zum Einen um „gesellschaftliche Codes“, die sich in Ideologie niederschlagen, etwa in der Vorstellung davon, was einen „richtigen Mann“

oder eine „richtige Frau“ ausmache, die aber gerade ob ihres ideologischen Charakters nicht immer deckungsgleich mit tatsächlichen empirischen „Männern“ und „Frauen“ sind. Zum Anderen aber sind diese nicht nur „fixe Ideen“, sondern können nur verstanden werden, wenn die gesellschaftliche Realität der Menschen analysiert wird, die diese tatsächlich in diese zwei Kategorien einsortiert, normierend wirkt, hierarchisiert und eben deshalb als solche Struktur benannt und kritisiert werden muss. Nichtsdestotrotz muss dabei immer betont werden, dass die Geschlechtsidentität des einzelnen Individuums dadurch nicht schlussendlich determiniert ist und nicht wenige gar nicht in die Kategorien passen.³

Öffentlichkeit & Privatheit – Männlichkeit & Weiblichkeit

Der moderne (National-)Staat, so wie wir ihn heute kennen, ist ein Produkt der bürgerlichen Aufklärung. Deren zentrales Programm bestand darin, die Menschen aus feudalen Abhängigkeitsverhältnissen zu befreien und als „freie“ und „gleiche“ Individuen einzusetzen. Diese sollten also nicht mehr „von Geburt“ aus gebunden sein, sondern willentlich Verträge mit gleichen Freien schließen können und „nur“ über ihr Eigentum verfügen können, nicht etwa über andere Menschen. Die Realisierung dieser Ideale wird uns allen wohl bekannt sein als die frühkapitalistische Klassengesellschaft, in der es keine Leibeigenschaft und Sklaverei mehr geben sollte, sondern Kapitalist_innen und Lohnarbeiter_innen nun sich als „freie

Warenbesitzer_innen“ gegenüber treten und per Vertrag Waren austauschen.⁴

Das „freie“ Individuum sollte nun „selbstbestimmt“ in zwei Sphären einer sich neu herausbildenden Öffentlichkeit bewegen können: Als ökonomisches Subjekt Eigentum besitzen und tauschen, als politisches Subjekt seine „Interessen“ vertretend sich in politischen Institutionen des sich herausbildenden bürgerlichen (National-)Staats artikulieren, der entgegenstehende Interessen vermitteln und zu einem „Gesamtinteresse“ bündeln sollte. So zumindest in der ideellen liberal-demokratischen Konzeption.⁵

Quasi als „dunkler Schatten“ dieser Öffentlichkeit konstituierte sich die moderne Form von Privatheit, die all das organisierte, was die öffentliche Sphäre still voraussetze, aber selbst nicht zu leisten vermochte - zunächst in der Form der bürgerlichen Kleinfamilie, die erst nach und nach auch außerhalb des Bürgertums Form annahm. Diese verschaffte dem „unabhängigen Subjekt“ die notwendigen Voraussetzungen, um als solches agieren zu können.

Dies „Subjekt“ war von Anfang an als männliches konzipiert, dessen Eigenschaft, rational und instrumentell agieren zu können, mit Männlichkeit assoziiert. Die Tätigkeiten in der „Reproduktionsphäre“ sollten weitestgehend an Frauen delegiert werden, die folgerichtig nur von wenigen liberalen Theoretikern mit gemeint waren, wenn von „Mensch“ die Rede war.⁶ Direkte Abhängigkeitsverhältnisse, die die bürgerliche Gesellschaft eigentlich mit der Aufklärung hinweg gefegt wissen wollte, setzten sich in der patriarchalen (Klein-)Familie fort, für deren öffentliche Repräsentation der Mann sich zuständig zeichnete. Dies Herrschaftsverhältnis wurde mit allerlei Diskursen über die vermeintliche „Natürlichkeit“ gerechtfertigt oder als Privatangelegenheit seiner gesellschaftlichen Relevanz abgesprochen.⁷

In der Struktur von männlicher Öffentlichkeit und weiblicher Privatheit steckt die Konstruktion der Trennung von Kultur/Natur, Subjekt/Objekt, Rationalität/Emotionalität, in der das jeweils erste der Männlichkeit ▶

¹) Davon zeugen nicht zuletzt erfolgreiche populär-wissenschaftliche Veröffentlichungen wie Eva Hermanns „Eva-Prinzip“ oder „Warum Frauen nicht einparken und Männer nicht zuhören können“ des idyllischen Traum-Ehepaars Allan und Barbara Pease oder auch in den letzten Jahren besonders populär werdenden Ansätzen in der Hirnforschung.

²) Ein spezifischer Blick in die Geschichte, die von verschiedensten Geschlechtersystemen und Sexualitätskonzepten erzählt, oder aber auch eine genauere Analyse der modernen Begriffe von „Mann“ und „Frau“, die eben nicht einmal medizinwissenschaftlich alle Menschen diesen zwei Kategorien eindeutig zuordnen kann, legt die These nahe, dass es sich bei Geschlecht und Sexualität um zutiefst gesellschaftliche und veränderliche Kategorie handelt. Vgl. dazu „Die Geschlechtermatrix“ www.bb-goettingen.de/382

³) Auch wenn die (heterosexuelle) Zweigeschlechtsbrille es nicht widerspruchsfrei auf den Begriff bringen kann, gibt es „unweibliche Frauen“, „unmännliche Männer“, Homo-, Trans-, Intersexuelle usw. Deren

Existenz wird gerade durch die Zweigeschlechtermatrix ausgeblendet, und das bekommen sie zu spüren: Etwa Intersexuelle dadurch, dass sie, um überhaupt als „vollwertiger Mensch“ anerkannt zu werden, sich einer Geschlechtsidentität zuzuordnen gezwungen sind, und dafür nicht selten aufwendige medizinische Behandlung über sich ergehen lassen und sich dieser Geschlechtsrolle und deren Verhaltensweisen unterordnen müssen.

⁴) Freilich nur in dem Sinne frei und gleich, insofern sie einen Vertrag schließen und ihr Eigentum eintauschen (die Ware Arbeitskraft gegen Lohn) und von sozialen Unterschieden abgesehen wird. Eigentum vorausgesetzt schlägt diese Freiheit um in ihr Gegenteil, denn der „doppelt freie“ (Marx) Lohnarbeiter, frei von feudaler Bindung, aber auch frei von Produktionsmitteln, nur seine Arbeitskraft besitzend, hat gar keine andere Möglichkeit, als „freiwillig“ das Lohnarbeitsverhältnis einzugehen, so er denn nicht verhungern will. (vgl. Karl Marx, das Kapital Band I, Marx-Engels-Werke (MEW) 23 S. 181ff)

⁵) Da der Begriff „freies Individuum“ in der bürgerlichen Demokratie ▶

zugeschrieben, und letzteres auf das Weibliche projiziert und abgewertet wird. Anhand dieser bipolaren Gegensatzpaare bildet sich die moderne Zweigeschlechtlichkeit, die als „Zwangskategorie“ insofern verstanden werden kann, als dass Identität in dieser Struktur nicht ohne ein eindeutiges Geschlecht gedacht werden kann. Während sich Männlichkeit und Weiblichkeit polarisieren, pathologisiert dies strukturell jene, die den Kategorien nicht entsprechen können, wie etwa Trans- und Intersexuelle. Als „unvollständige“ sind die beiden polaren Geschlechter jeweils heterosexuell aufeinander bezogen.⁸ Die Zweigeschlechtlichkeit wirkt in dieser Hinsicht ihrem Wesen nach heteronormativ⁹.

Dass diese sexistische Konstruktion tief in den Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft steckt können wir selbst von deren „großen Denkern“ erfahren. Exemplarisch hierzu Rousseau, der, besonders in Deutschland, oft in Sachen Staats- und Demokratietheorie herangezogen wird. Dieser verstand sich ebenso als Pädagoge und schrieb in seinem Werk „Emile“ über die Erziehung des Jungen zu dem für seine Staatskonzeption geeigneten Mann. In einem Unterkapitel fügt er „Emile“ noch eine Frau „Sophie“ hinzu, ohne deren Rolle seine Staatskonzeption gar nicht auskämte: „als ob sich nicht durch das kleine Vaterland der Familie das Herz an das große anschliesse! als ob nicht der gute Sohn, der gute Ehemann, der gute Vater den guten Bürger ausmachen!“¹⁰ Es wäre also falsch anzunehmen, hier wäre der liberale Gedanke einfach nicht weit genug gegangen und vormoderne Geschlechterverhältnisse „noch nicht“ kritisiert worden. Der gute „Bürger“ für das „große Vaterland“ hat die Familie zur Voraussetzung, die notwendigerweise ein Unmündiges braucht, um den Mündigen als solchen voll ausbilden zu können: „Die ganze Erziehung der Frauen muß daher auf die Männer Bezug nehmen. Ihnen gefallen und nützlich sein, ihnen liebens- und achtenswert sein, sie in der Jugend erziehen und im Alter umsorgen, sie beraten, trösten und ihnen das Leben angenehm machen und versüßen, das sind zu allen Zeiten die Pflichten der Frau.“ (S. 394)¹¹ Alle Elemente von Männ-

lichkeits- und Weiblichkeitskonzeption finden sich zuhauf wieder: „Der eine muß aktiv und stark sein, der andre passiv und schwach; notwendigerweise muß der eine wollen und können; es genügt, wenn der andere wenig Widerstand leistet. [...]“ (S. 386). Es ist auch ihm klar, dass der Status des Individuums folgerichtig nicht für die Frau gedacht ist: „Warten, bis sie [die Frauen] sich nichts mehr aus Männern machen, hieße warten, bis sie zu nichts mehr nütze sind.“ (S. 387) Diese Degradierung arbeitet unser feiner Demokrat an mehreren Stellen leidenschaftlich bis zur Rechtfertigung von Vergewaltigung aus: „Die erste und wichtigste Eigenschaft einer Frau ist die Sanftmut: bestimmt, einem so unvollkommenem Wesen wie einem Mann zu gehorchen, der oft selbst voller Laster und immer voller Fehler ist, muß frühzeitig lernen, Unrecht zu erdulden und Übergriffe eines Mannes zu ertragen [...], ohne sich zu beklagen. [...]“ (S. 401)

Das moderne Patriarchat kann also nur durch die bürgerliche Gesellschaft insgesamt vollständig erfasst werden, in die es strukturell eingebettet ist. Es lässt sich allerdings nicht einfach aus deren Struktur ableiten oder behaupten, ohne diese könnte es kein Patriarchat geben. Um zu verstehen, warum gerade anhand des Geschlechts diese Linie so und nicht anders verläuft, brauchte es ideologische Vorbedingungen, die nur geschichtlich erfasst werden können. Nichtsdestotrotz ist das Patriarchat damit historisch untrennbar in die bürgerliche Gesellschaft eingebettet und bildet ein qualitativ neues Geschlechterverhältnis aus, das zu einem eigenständigen Herrschaftsverhältnis der bürgerlichen Gesellschaft wird.

Kampf um den Subjektstatus

Dies Geschlechterverhältnis, wenn auch in seinen grundlegenden Bestimmungen von Männlichkeit und Weiblichkeit an die Struktur der bürgerlichen Gesellschaft gebunden, ist in seiner konkreten Ausformung recht dynamisch und hat durch die Moderne hindurch viele Veränderungen durchgemacht. Davon zeugen nicht zuletzt die sozialen Kämpfe der

Frauenbewegungen sowie SchwulesBische, Trans-, Intersexuellen oder Queer-Bewegungen.

Die Kämpfe der frühen Frauenbewegungen im 19ten und Anfang des 20ten Jahrhunderts zielten besonders darauf ab, den „Objektstatus“ abzustreifen und sich als handelndes Subjekt zu konstituieren. Bürgerliche Teile setzten vor allem auf Wahlrecht, Zugang zu Bildung usw. Proletarische hatten vor allem auch die ökonomische Situation und Abhängigkeit von Frauen im Blick.

Wenngleich die angestrebte Form als bürgerliches, politisches Subjekt gerade die Integration in die bürgerliche Gesellschaft mit dessen sexistischer Grundmatrix bedeutete, was radikale Teile der Bewegungen oft auch kritisch betrachteten, so bot dies doch weitreichende immanente Emanzipationspotentiale und konnte die Frauen aus der Einsperrung in den Haushalt befreien. Das langwierig erkämpfte Wahlrecht brachte sie auf die Bühne der bürgerlichen Öffentlichkeit. Sie zwangen die patriarchale Gesellschaft, sie als (politisches) Subjekt zumindest anzuerkennen. Gleichzeitig heißt dies aber auch, dass sie sich in die Form männlicher Politik zwängen müssen.

Politik bleibt männlich

Sich nun innerhalb der „männlichen“ Sphäre der bürgerlichen Politik und deren Strukturen zu bewegen, verlangt nun entsprechend ein „männliches“ Auftreten und „männliche“ Eigenschaften, um sich dort überhaupt richtig Gehör verschaffen zu können: selbstsicheres, rationales argumentieren¹² um sich in der Konkurrenz mit politischen Gegner_innen durchzusetzen, Integrität, „Stärke“ und „Durchsetzungskraft“, wenn es um die Wahl bestimmter Ämter geht, das Schmieden von (männerbündischen) Macht- und Einflussmöglichkeiten.¹³

An dieser Stelle könnte gegen diese Kritik berechtigterweise eingewendet werden, dass hier viel zu sehr davon ausgegangen wird, dass Frauen tatsächlich die weiblich konnotierten Eigenschaften mit sich tragen und sich männliche nicht anzueignen vermögen und daher ausgeschlossen bleiben. Die in So-

rein ideell bleibt verkehrt er sich in sein Gegenteil. Die (Staats-)Politik ist bezogen auf Gesamtgesellschaft, die in ihrer kapitalistisch-warenförmigen Verfassung immer schon unter der Prämisse des Verwertungsimpertativs nur handlungsfähig ist. Das „ökonomische Subjekt“ setzt einen Prozess in Gang, der durch dieses erst konstituiert wird, sich aber seiner Kontrolle entzieht. Es wird selbst zum Objekt eines automatischen Prozesses. (Vgl. dazu den Fetischismus-Begriff bei Marx, MEW23 S. 85ff)

⁶) Als Ausnahmen sind zu nennen z.B. John Stuart und Harriet Taylor Mill oder Jean Antoine de Condorcet, deren Arbeiten zu diesen Thema aber zu ihrer Zeit wenig Wirkung hatten.

⁷) Mit diesem Argument wurde etwa die Vergewaltigung in der Ehe tabuisiert. Interessant an dem Diskurs zur Legitimation der gesetzlichen Sanktionierung (in der Ehe blieb es lange Zeit straffrei, bis in die 1990er Jahre hinein galt Ehe als mildernder Umstand) ist, dass diese mit einem emanzipatorischen Pathos eingefordert wurde: Gegen klerikale Herrschaft gerichtet, sollte die Privatsphäre des Individuums den Staat nichts angehen. Das Individuum ist auch hier freilich der Mann, die

„Freiheit“ die des Mannes, „seine“ Frau zu vergewaltigen.

⁸) Wenngleich Mann und Frau als Gegensatzpaare von Männlichkeit und Weiblichkeit gedacht werden, zieht sich diese Trennung nicht nur durch die Gesellschaft, sondern auch durch das einzelne Individuum. Auch Männer tragen die der Weiblichkeit zugeschriebenen Eigenschaften (Emotionalität, Empathie usw.) in sich, müssen diese doch beständig unter Kontrolle bringen und nach außen hin verschwinden lassen (im besten Falle heimlich im Privaten ausleben), um nicht der (weiblichen) Schwäche bezichtigt zu werden. Das gleiche gilt mit umgekehrtem Vorzeichen für männlich besetzte Eigenschaften bei Frauen.

⁹) Heteronormativität meint sowohl, dass Heterosexualität als Normalität gesetzt wird, während andere Sexualitäten immer als Abweichungen oder pathologische gelten, und in der gesellschaftlichen Wahrnehmung ausgeblendet werden (es muss z.B. kein_e Heterosexuelle_r erst ihr_sein Coming out durchleben, um als heterosexuell zu gelten), als auch, dass tendenziell die Norm von zwei entgegengesetzten Geschlechtern sich real durchsetzt, indem die Menschen ihr jeweiliges Geschlecht inklusive

open_uni

48h können allen aber nicht uns genügen...

Früher trug dieses Projekt den Namen 48h Uni: Mit der open_uni wollen wir ausprobieren, wie Bildung durch selbstbestimmte Formen und Inhalte anders aussehen könnte: Die Grenzen zwischen Lehren und Lernen sollen hier verschwinden. Jede_r hat Gedanken oder Ideen zu ihrem Lieblingsthema, die sie Interessierten zur Verfügung stellen kann und jede_r hat die Möglichkeit etwas Neues zu lernen. Zwei Tage lang können wir lernen und lehren, was wir wollen - und zwar umsonst. Die open_uni ist offen für alle: Arbeitende, Arbeitslose, Schüler_innen, Rentner_innen, Studierende oder einfach alle, die Interesse haben.

Was soll das?

Es geht darum den Begriff „Bildung“ neu zu besetzen und zu leben: Nämlich als die Entfaltung und Verwirklichung individueller Interessen und Fähigkeiten. Dabei soll sie nicht an gesellschaftliche und finanzielle Schranken stoßen oder durch die Trennung in verschiedene Fächer und Fachbereiche eingeeengt werden. Aber auch die Trennung von Uni und Gesellschaft soll aufgebrochen werden. Was an den (Hoch-)Schulen getan wird hat Auswirkungen auf die Gesellschaft, was in der Gesellschaft passiert, hat Auswirkungen auf die (Hoch-)Schulen. Diesen Zusammenhang wollen wir bewusst gestalten. Deshalb ist die open_uni auch ein Versuch, die Uni in die Stadt hinein zu öffnen.

Du hast Bock aus deinem Alltag rauszukommen, zu lernen was du schon immer wissen wolltest und dich mit Themen aus unterschiedlichen Blickwinkeln kritisch auseinanderzusetzen? Dafür soll die open_uni durch unterschiedliche Veranstaltungen und viel Feierei einen Rahmen bieten!

Du hast gerade ein Buch gelesen oder einen Film gesehen und willst darüber diskutieren? Du wolltest schon lange ein Hörspiel schreiben und produzieren? Du hast gerade eine Haus- oder Facharbeit geschrieben und würdest dich gerne mit anderen darüber auseinandersetzen? Du kannst tischlern oder schweißen? Du möchtest gerne mal einen Vortrag über Kapitalismuskritik hören?

Wenn du Lust hast, kannst du zu diesen oder anderen Dingen eine eigene Veranstaltung auf die Beine stellen. Das Besondere an der open_uni ist nämlich, dass nicht einige wenige den Inhalt bestimmen, sondern alle sich beteiligen können.

Und wie geht das?

Wenn ihr alleine, mit anderen Leuten oder als Gruppe eine Veranstaltung organisieren und durchführen wollt, schreibt zunächst eine Mail an anmeldung@bildungsklau.de mit Stichwort zu eurem Thema und einer Kontaktmöglichkeit, teilt uns genauen Titel und die Art der Veranstaltung mit, gebt an was ihr braucht (z.B. Beamer, Projektor, Fernseher oder ähnliches) und zu welchen Zeiten ihr nicht könnt.

Darüber hinaus bist du herzlich eingeladen dich an der Planung im Vorfeld zu beteiligen. Die offenen Planungs- und Orgatreffen finden jeden Donnerstag um 18:00h in der Mathecafé (Bunsenstr. 3-5) statt.

Für freie Bildung, kritische Wissenschaft und selbstbestimmtes Leben!

Homepage: openuni.blogspot.de

Kontaktadresse: 48h@gmx.net

zialisierung und Erziehung entstehende psychologische Disposition der (geschlechtlichen) Identität und deren Eigenschaften normieren zwar die Charaktere von Frauen und Männern, die Konstruktion von Männlichkeit und Weiblichkeit an dieser Stelle für bare Münze zu nehmen, würde jedoch gerade die beschriebene Zurichtung wiederholen, und den Umstand, dass kaum eine Frau tatsächlich hundertprozentig in dieser Konstruktion aufgeht, leugnen. Auch haben sich die Geschlechtscharaktere über die letzten Jahrzehnte deutlich flexibilisiert, sodass die patriarchale Ausschließung der Frau aus der Politik noch weniger aus „den Eigenschaften der Frau“ erklärt werden könnte. Die Schlussfolgerung, Frauen könnten eben nicht „männlich“ genug sein wäre in der Konsequenz selbst eine patriarchale.

Vielmehr ist die formale Gleichstellung und die Praxis der Politik selbst ein wenig auf sein Versprechen abzuklopfen: Geschlecht ist nämlich nicht einfach nur eine „Eigenschaft“ einer Person, sondern eben als gesellschaftliches Verhältnis zu begreifen. Um sich als politisches Subjekt zu behaupten, muss frau als solches erst einmal anerkannt werden und dafür notwendige Eigenschaften zugestanden bekommen. Dort setzen einige ideologische und teilweise unbewusste Wahrnehmungsfiler, Codes und Tabus ein, die strukturell patriarchal wirken. Es steht nämlich nicht nur das formal gleiche politische Subjekt zur Debatte, sondern die gesamte Identität der Sprechenden.

Um als Frau glaubwürdig und z.B. für ein bestimmtes Amt geeignet zu erscheinen, muss sie erst beweisen, dass sie diese Eigenschaften mitbringt, die beim Mann qua seines Geschlechts ohnehin schon angenommen werden. Gut zeigen lässt sich dies z.B. an der Kandidatur von Angela Merkel zur Bundeskanzlerin. Bevor ihre Argumente

im Vergleich zu ihrem Gegenkandidaten Schröder behandelt werden konnten, musste erst einmal die Frage geklärt sein, ob sie denn „als Frau“ dazu auch richtig taugt. Während er vielmehr in seiner Funktion als Politiker verhandelt wurde, musste sie erstmal als Frau überzeugen. Viele sexistische „Witzchen“ über ihre Frisur, ihr Gesicht und eben sie als Frau in einer „Männerrolle“ zeugen davon.¹⁴

Und genau dies führt zu einem Dilemma: Als „richtige Frau“ anerkannt zu werden, die emotional sein kann, eventuell mütterliche Qualitäten mit sich bringt und was für ein Irrsinn noch an die weibliche Identität geheftet wird, muss durch eine diffizile Gratwanderung damit in Einklang gebracht werden, die notwendigen „männlichen“ Kompetenzen vorzuweisen, um als Politikerin zu überzeugen. Sie muss die Quadratur des Kreises hinbekommen, zwei sich widersprechende Identitäten in Einklang zu bringen und dabei weder als „Mannsweib“ noch als „Frau die nichtmal richtig rückwärts einparken kann und dann auch noch Kanzlerin werden will“ ihre eindeutige Geschlechtsidentität, und damit letztlich ihren Status als politisches Subjekt, abgesprochen zu bekommen.¹⁵

Auch dort, wo Frauen in die Politik eindringen, setzt sich die patriarchale Struktur auf andere Weise fort: Die weiterhin vorausgesetzte bipolare Zweigeschlechtlichkeit erleichtert es Frauen, tendenziell bestimmte Politikbereiche für sich zu besetzen. Sie finden sich oft in als „weich“ konnotierten Bereichen wieder (Familien- und Sozialpolitik, Erziehung, Gesundheit etc.), in die es leichter vorzudringen ist, als in die „harten“ männlichen Machtzentren. Wiederum nicht aus mangelnder Kompetenz, sondern strukturell durch Zuschreibungs- und Wahrnehmungsmechanismen vermittelt.

Wir sehen also, dass die bisherige Einbindung der Frauen in die Politik oft ►

der dazugehörigen Heterosexualität inszenieren (müssen). Vgl. dazu „Die Geschlechtermatrix“ www.bb-goettingen.de/382

¹⁰⁾ Rousseau, Jean-Jeaques: „Emile oder über die Erziehung“ (Paderborn/München/Wien/Zürich 1989 / 1762, S. 392). Seitenangaben im Folgenden beziehen sich auf diese Ausgabe

¹¹⁾ Diese Vorstellung von den „ewigen Pflichten der Frau“ sind es übrigens auch, auf die sich Eva Herrmans „Eva-Prinzip“ bezieht, wenn dort „weibliche Tugenden“ wieder eingefordert werden, die jetzt an der Zeit wären.

¹²⁾ An dieser Stelle soll nicht das rationale Argument als männlich besetztes abgelehnt werden und „mehr Emotionalität“ oder gar Irrationalität als Gegenmodell eingefordert werden. Vielmehr ist die bürgerliche Vernunft selbst durch die künstliche Trennung von Rationalität/Emotionalität eine beschädigte und falscher Schein: Zum einen kommt jede rationale Argumentation nie ohne nicht aus der reinen Vernunft ableitbare Setzungen aus, auf deren Grundlage sie argumentieren kann. Eine „vernünftige“ politische Argumentation, die sich zum Beispiel über den Nutzen für das nationale Kollektiv rechtfertigt oder die Finanzierbarkeit seiner Forderungen vorrechnet, rekurriert seinerseits auf irrationale Vorannahmen, wie etwa den Zweck ►

mit viel höheren Anforderungen und einer Doppelbelastung verbunden ist und wesentliche Bereiche weiterhin männer-dominiert bleiben. Politik entlarvt sich hier als weiterhin männliche Angelegenheit, die nur neutral scheinen kann, wenn sie losgelöst von ihrem gesellschaftlichen und ideologischen Kontext betrachtet wird. Aus diesem ist sie aber erwachsen, und in diesen ist sie notwendig eingebettet, sonst wäre es keine (bürgerliche) Politik mehr.

Feministische 'Politik'?

Welche Konsequenzen hat diese Erkenntnis nun für eine emanzipatorische Praxis, die den Anspruch hat, Herrschaftsverhältnisse abzubauen bzw. nicht selbst zu reproduzieren? Wir haben „Politik“ bisher recht eng gefasst, als auf den bürgerlichen Staat und dessen Institutionen bezogene. Zweifelsohne sind aber politische Bewegungen etwa zwar in einer Öffentlichkeit zu verorten, sie artikulieren sich aber nicht notwendigerweise durch die etablierten demokratischen Institutionen. Mit dem Begriff „Zivilgesellschaft“ wird diesen allerdings wieder ein abgeschlossener Platz innerhalb jener Ordnung eingeräumt, die selbst strukturell die Elemente in sich trägt, gegen die sich eine emanzipatorische Kritik richtet. Daher müsste eine solcher Ansatz, der von Zuschreibungen in bestimmte Identitätskategorien, wie etwa die moderne, heteronormative Zweigeschlechtlichkeit, befreien möchte, eben die Form der Politik und deren Eingebundenheit in eine strukturell sexistische Gesellschaft selbst zum Gegenstand der Kritik machen, anstatt diese als neutrales Mittel des Tagesgeschäfts zu betrachten. Das bedeutet, dass diese Kritik aufs Ganze gehen muss, und nicht sich auf die politische Sphäre oder auf Geschlechterverhältnisse beschränken kann. Dabei gilt es auch zur eigenen Praxis immer ein kritisches Verhältnis zu wahren. Klar sein sollte auch, dass das, was hier exemplarisch am Beispiel der Politik verhandelt wurde, sich quer durch andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens bis vor allem in private Beziehungen hinein zieht.

Es reicht bei der politischen Organisation selbstverständlich nicht aus, einfach die

Kategorie „Geschlecht“ weg zu definieren und sich als anti-sexistisch zu titulieren. Die Wirkung dieser Kategorie löst sich ja bei kritischer Betrachtung nicht einfach auf. Sie ist tief in unsere psychologischen Strukturen, unserer Wahrnehmung und unseren Körpern eingeschrieben und reproduziert sich durch einzelne Interaktion mit der Gesellschaft hindurch. So war es gerade Anlass für diesen Artikel, dass das *Basisdemokratische Bündnis*, obgleich es sich immer als (pro-)feministisch begriffen hat, sich selbst damit konfrontiert sah, mit einer sehr geringen Frauenquote (die kurzzeitig die Null erreicht hatte) letztlich als männerdominierte Gruppe aufzutreten. Dies zeugt von der Notwendigkeit, die Position der Kritik nicht als außerhalb der Gesellschaft stehende, sondern sich selbst als Teil des Kritikgegenstandes, der Gesellschaft, zu begreifen.

Dies kann selbstverständlich nicht bedeuten, sich mit dem Verweis auf die Gesellschaft jeder Verantwortung frei zu sprechen. Die Gesellschaft vermittelt sich ja gerade durchs einzelne Individuum und dessen sozialer Praxis. So starr ist die Struktur nicht, dass es nicht möglich wäre, offen sexistisches Verhalten zu unterbinden und in seinen Gruppen, Veranstaltungen und Alltagsverhalten strukturell sexistische Verhaltens- und Arbeitsweisen zu reflektieren, abzubauen und Gegenstrategien zu entwickeln. Die begrenzte aber nicht unwesentliche Veränderlichkeit des (modernen) Geschlechterverhältnisses haben nicht zuletzt die sozialen Kämpfe von Frauen-, LesBiSchwulen-, Trans- und Queerbewegungen gezeigt.

In der politischen Organisation können solche Gegenstrategien z.B. mit bestimmtem Redeverhalten beginnen. Redet z.B. immer die Person, die am lautesten schreit? Oder wird auf Meldungen geachtet? Herrscht ein Klima, in dem Angst davor bestehen muss, etwas „falsches“ zu sagen, als „dumm“ dazustehen? Werden vielleicht bestimmte Leute besonders ernst genommen und andere nicht, weil bewusst oder unbewusst von einer besonderen Kompetenz ausgegangen wird? Ist eventuell eine geschlechtlich quotierte Redeliste eine Möglichkeit, eine ausgeglichene Teilnahme zu erleichtern? Das sind nur

einige Fragen, die sich eine Gruppe stellen kann. Das geht weiter bei der Frage, wie Themen gefunden und priorisiert werden. Warum hält die Gruppe vielleicht ein Thema für besonderes relevant, andere aber für Nebensächlichkeiten? Drücken sich darin eventuell Hierarchisierungen aus, die aus Wahrnehmungsstrukturen à la „harte“ und „weiche“ Themen herrühren? („Studiengebühren stehen jetzt aber auf dem Plan; darum dass alle Professoren, an die wir uns richten, Männer sind, kümmern wir uns später“?) Hält jemand es vielleicht nicht für wichtig, weil er_sie sich selbst nicht davon betroffen wähnt? Werden eventuell Themen unter bestimmten Gesichtspunkten betrachtet, andere jedoch nicht? Auch Versuche, die ebenfalls in die Sprache eingeschriebenen Verhältnisse¹⁶ z.B. durch geschlechtsneutrale Schreib- und Sprechweise (geschlechtsneutrales „Innen“, verkehrendes „innen“ oder offenes „_innen“) kenntlich zu machen, so banal es scheinen mag, kann zur Offenlegung von Herrschaftsstrukturen beitragen.

Nicht täuschen lassen sollten wir uns aber auch darüber, dass es immer auch notwendig sein kann, sich auf institutionalisierte Politik einzulassen. Wenn sich etwa das BB zur Wahl zum Studierendenparlament stellt, wird es sich auch in diesem bewegen müssen. Schon von der Struktur eines Parlaments mit konkurrierenden Gruppen, formalen Zuständigkeitsbereichen usw. ist dort eine recht männlichen Umgebung anzutreffen. Eine solche Praxis bewegt sich notwendigerweise in Widersprüchen, die im Bestehenden so einfach nicht aufgelöst werden können. Sie findet in der gesellschaftlichen Realität ihre Grenzen. Das kann aber nicht bedeuten, sich damit abzufinden, sondern gerade dort, wo es schwierig wird, den Finger in die Wunde zu legen: Wo Anspruch und Wirklichkeit einer strukturell sexistischen Gesellschaft, die sich doch als demokratische und gleichberechtigte ausgibt, in Konflikte geraten, gilt es sie radikaler Kritik zu unterziehen und eben diese Widersprüche aufzuzeigen. Nicht allein mit dem Ziel, mögliche Verbesserungen innerhalb dieser Gesellschaft zu erreichen, sondern auch, eben deren Grenzen zu sprengen.

patrick@bb-goettingen.de

des „nationalen Interesses“ oder der Geldvermittlung innerhalb einer Warenproduktion. Diese ist dabei vielmehr nur rational innerhalb eines irrationalen Rahmens, und verkehrt sich damit seinerseits zur Irrationalität. Die männlich-aufklärerische Vernunft, die alles Subjektive aus der Argumentation auslöschen will, um sich Objektivität zu verschaffen, streicht dabei jegliche Individualität durch. Die subjektiven Zwecke des politischen Subjekts, die doch scheinbar der Gegenstand politischen Handelns ausmachen sollten, lösen sich in der objektiven Vernunft auf und verkehren sich damit für das Individuum zur Unvernunft.

¹³) Ein gutes Beispiel männerbündischer Beziehungen aus der Uni-Landschaft sind die inzwischen etwas anachronistisch wirkenden Burschenschaften und studentischen Verbindungen, die den Verbindungsstudenten die richtigen Kontakte und „Skills“ für ihre weitere Karriere in Wirtschaft oder eben Politik zu beschaffen versprechen. Nicht zufällig sind Frauen hier weitestgehend ausgeschlossen.

¹⁴) Bezeichnend dafür, dass zur Sendung „Sabine Christiansen“ nach dem

Kanzler-Duell extra Brigitte Huber von dem Blättchen „Brigitte“ eingeladen wurde, um ihre Fachmeinung über die Wirkung von Merkel als Frau einzuschätzen. Einen Männerexperten für Herrn Schröder brauchte es nicht.

¹⁵) Anhand eines Interviews mit der *Cosmopolitan* vom September 2005 (S. 120f) lässt sich das ganz gut nachvollziehen: Unter dem Titel „Smart & Stark“ ist dort das Interview abgedruckt. Über dem Text finden sich zwei große Portraitaufnahmen, auf denen Frau Merkel einmal zurückhaltend-lächelnd, und ein zweites mal in einer entschlossenen Pose mit verschränkten Armen aus einer Froschperspektive abgebildet ist. Im Interview stellt sie sich Fragen wie „Man sagt, sie hätten einen ausgeprägten Willen zur Macht. Warum ist das bei einer Frau immer noch ein Problem?“ oder „Schmerzt es Sie, zu lesen, Sie seien kalt und gingen über Männerleichen?“.

¹⁶) vgl. „Sprache als HERRschaft“ www.bb-goettingen.de/383

Medien und Manipulation

Oder: Realität ist das, was Du draus machst.

Schon zu Beginn der Proteste in Heiligendamm tauchten Berichte auf, dass die Polizei verdeckte ErmittlerInnen einsetzt, die selber verummumt auftreten, oder sogar als agent provocateur versuchten Angriffe auf die Polizei anzuzetteln. Die Geschichte eines solchen Falls zeigt, was von der massenmedialen Berichterstattung zu halten ist, wenn ein Großteil der veröffentlichten Meinung in den Modus Hofberichterstattung schaltet.

Dies ließe sich an vielen Themen zeigen. Etwa die unkritische Reproduktion des Bildes von Deutschland als Vermittler in den internationalen Konflikten, scheinbar ohne eigene Interessen; oder bei der boulevardresken Aufbereitung des Rahmenprogramms, die jede Berichterstattung über internationale Treffen in Deutschland begleitet. Hier gäbe es einiges zu beschreiben und zu untersuchen. An dieser Stelle soll jedoch nur ein kleiner Ausschnitt gewählt werden. Ein Ausschnitt aus der Berichterstattung über die Protestaktivitäten.

Variante 1

Am Mittwoch den 6.06.07 taucht ab den Mittagstunden in den meisten Nachrichtensendungen ein Bericht über die Enttarnung eines verummumten Zivilpolizisten auf, der nach Angaben der Protestierenden ProtestteilnehmerInnen zu Straftaten anstiften wollte. Die Polizei streitet zunächst ab, überhaupt ZivilpolizistInnen im Einsatz zu haben. Erst recht würden Polizeibeamte niemanden zu Straftaten auffordern. Inzwischen musste sie zumindest eingestehen, dass es sich bei dem Vermummten um einen Zivilpolizisten handelte. Die Berichte über diesen Vorfall ähneln sich und liefen über alle Kanäle. Bei Spiegel Online heißt es im Video: „dann Aufregung bei der Blockade.



„Macht der Bilder“: Vermummter Zivilpolizist wird zu 'ungeliebten Autonomen'

Autonome greifen einen verummumten Demonstranten an, sie wollen ihn als Zivilpolizisten erkannt haben“¹.

Der Sonderstab der Polizei Kavala erklärt Spiegel-Online „Bremer Demonstranten hätten den Beamten erkannt, angegriffen und gewaltsam aus der Menschenmenge gedrängt.“ Es sei dem beherzten Eingreifen der friedlichen G8 GegnerInnen zu verdanken, dass nichts weiter passiert sei. So wird selbst die Enttarnung eines verummumten Polizisten noch als Gelegenheit genutzt die angebliche Spaltung zwischen „den Autonomen“ und den „friedlichen Demonstranten“ medial zu inszenieren.

Variante 2

Das reichte jedoch den KollegInnen vom Staatsfernsehen und anderen nicht aus. Und so greifen sie einen Tag später wieder auf das selbe Videomaterial zurück. In diesen 24 Stunden hat sich die Szenerie jedoch stark verändert. Über einen Zivilpolizisten weiß man bei „Heute“ und in der „Tagesschau“ im Gegensatz zur eigenen Berichterstattung vom Vortag nichts. Die Variante bei „Heute“ geht wie folgt: Nach einigen Bildern über „bunten und friedlichen“ Protest kommt der Schwenk auf eine Auseinandersetzung innerhalb der Demonstrierenden. Obwohl der Bericht vom Donnerstag den 7.06.07

handelt, wird die Szene vom Vortag gezeigt. Kommentar: „Einige Demonstranten versuchen Vermummte aus ihren Reihen abzu drängen. 'Zeig dein Gesicht', ruft die Menge, die sich offenbar von Gewalttätern distanzieren will.“²

Ähnlich in der Tagesschau. Nach Bildern, die über den Donnerstag berichten

sollen, taucht auf einmal die Szene vom Vortag auf. Aus dem Off die Kommentierung: „Mehrere Hundert Demonstranten beteiligten sich seit der Nacht an Straßenblockaden rund um Heiligendamm. Sie wollen bis zum Ende des Gipfels bleiben. In ihren Reihen dulden sie keine Vermummten.“³

Some things have changed

Man sieht: alles nur eine Frage des Blickwinkels. Waren die Attacken auf unseren Vermummten gestern noch von Autonomen ausgegangen, die nur schwer von den friedlichen Demonstrierenden zurück gehalten werden konnten, sehen wir nun friedliche BlockiererInnen, die gemeinsam einen Vermummten aus ihren Reihen entfernen wollen. Aus dem mutmaßlichen Verdeckten Ermittler oder agent provocateur ist über Nacht ein Autonome geworden, die kleineren Attacken auf ihn, die v.a. darauf zielen sein Gesicht für alle Erkennbar zu machen sind nun ein Akt der Zivilcourage der „Friedlichen Protestierer“. Das Ziel der Übung wird deutlich im Kommentar von „Heute“. Die Menge der Demonstrierenden will sich „offenbar“ von „den Gewaltbereiten“ distanzieren.

Wie passiert so etwas?

Eine wirklich befriedigende Antwort wird es auf diese Frage vermutlich nie geben. Von vielen wird es wahrscheinlich als Lehrstück über Meinungsmanipulation und „gezielte Desinformation des Bürgers“ (Indymedia) verbucht. Jedoch ist zumindest Vorsicht angesagt, dahinter einen bewusst geplant und eingesetzten Propagandatrick zu wittern. Es ist zwar schon auffällig, dass gleich bei mehreren Stationen (mindestens ARD und ZDF) derselbe „Fehler“ zur gleichen Zeit passiert, aber die Wahrheit könnte zunächst die schlichte Einsicht, dass JournalistInnen eben nicht objektiv berichten, sondern Informationen produzieren im Sinne dessen, was sie oder ihre AuftraggeberInnen schon im Vorfeld für ein Bild im Kopf hatten. Informationen werden immer im Sinne eines Darstellungsinteresses sowohl gesammelt als auch aufbereitet.

Seit den Auseinandersetzungen von Rostock gehörte zu diesem Darstellungsinteresse eine Isolierung der militanten Kräfte von den „friedlich-kreativen“ Protestierenden. Da diese Trennung jedoch für viele von denen, die in der Protestwoche an den direkten Aktionen beteiligt waren, nicht funktioniert, musste man kreativ werden. Die Frankfurter Rundschau (FR) z.B. hatte schon am Montag nach den Auseinandersetzungen das Handtuch geschmissen. Ihre rasenden ReportierInnen konnten keinen Vollzug melden bei der Mission „Suche Abgrenzungserklärungen bei den AktivistInnen“. Im Aktionscamp in ▶

¹) <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,487554,00.html>

²) mms://ms.mdc.de/zdf/zdf/070607_protest_h17_h.wmv

³) http://www.tagesschau.de/sendungen/0,,OID6887468_VID6887816_RE5ms256_PLYinternal_NAV,,00.html

+++ Analyse ++ Kritik ++ Aktion! +++

Basisdemokratisches Bündnis

Reddelich

wollten sich partout keine Menschen finden lassen, die sich von „den Autonomen“ distanzieren, berichtet die FR unter dem Titel „Tag der Manöverkritik - Reaktionen von G8-Gegnern und Regierung“ (FR, 5.06.07.) Die Süddeutsche Zeitung (SZ) dagegen wurde schließlich doch noch fündig. Ihr Frontberichterstatter weiß, dass die Friedlichen die Autonomen längst isoliert haben und kann davon hautnah berichten: „Die Schwarzen haben seit Beginn der Proteste am meisten von sich reden gemacht. Sie haben die Auftaktdemo in Rostock aufgemischt, 1000 Menschen wurden da verletzt, und als Antwort hat das Bundesverfassungsgericht einen Sternmarsch zum Zaun verboten. Das hat die Autonomen viele Bundesgenossen gekostet. Immer, wenn der Treck der Friedfertigen in den Feldern jetzt über einen Wassergraben muss, packen helfende Hände zu. Immer wenn die Autonomen am Bach stehen, reißt die Kette der Hände ab.“ (SZ, 8.6.07)

Diese Geschichte macht das Problem deutlich. Vielleicht ist geschehen, was da berichtet wird. Vielleicht wurden hier, wo der Reporter der SZ vor Ort ist, wirklich „die Autonomen“ ausgegrenzt, vielleicht ist aber auch nur eine Bezugsgruppe unter sich geblieben und ist deshalb weiter gezogen, als alle von ihnen über dem Bach waren. Vielleicht ist die Geschichte auch genauso Produkt der Phantasie, wie die Beobachtung auch dem Off, dass sich friedliche Protestierende „offensichtlich“ von „den Vermummten“ distanzieren wollen, als sie gerade einen Zivilpolizisten aus der Demo schmeißen. Vielleicht ist diese eine Szene die einzige an dem Tag, vielleicht gibt es vergleichbares an anderen Stellen. Alle diese Fragen sind jedoch unwichtig. Für den Journalisten von der SZ hat die Szene ihre Schuldigkeit getan. So wie Gläubige bei einer weinenden Madonna die Wachfigur nicht auf mögliche Einwirkung von Hitze untersuchen ist für den Journalisten die Evidenz des Augenblicks entscheidend. Es ist die Rhetorik des „Seht her - so ist es doch“ mit der er seiner Darstellung Autorität verschafft.

Natürlich be-

richtet niemand über die Workshops in den autonomen Camps, die das Bild von den Krawall-Hooligans, denen Politik eigentlich Scheißegal ist, stören könnten. Natürlich wird keinE JournalistIn zugeben, dass ihm/ihr die meisten Redebeiträge, die von den Lautsprecherwagen des Schwarzen Blocks kamen, zu kompliziert waren, um sie zu verstehen, weil er/sie an dem Bild vom Polithooligan zu stricken hat und es nicht darum geht zu berichten, auf welchem Stand die Kapitalismuskritik im 21. Jahrhundert ist. Auch jene JournalistInnen, die zumindest an die Macht der Bilder gebunden sein müssten, setzen sich souverän über diese Macht hinweg, wenn es ihrem Darstellungsinteresse schadet. Kein Problem haben die Sprecher zu erklären, dass die Polizei gegen Steine- und FlaschenwerferInnen mit Wasserwerfern und Schlagstöcken vorgegangen ist, während die Bilder zeigen, wie der Wasserwerfer eine Sitzblockade von der Straße spült und ein Polizist eine Person an den Haaren aus einer Sitzblockade zerrt.

Damit sind wir wieder bei der Frage, wie solche offensichtlichen Falschdarstellungen entstehen, wie sie oben beschrieben wurden. Der arme Journalist hatte vermutlich die Aufgabe bekommen, zu zeigen, wie sich die „friedlich-kreativen“ Protestierenden von „den Autonomen“ distanzieren. Also geht er sein Bildmaterial durch und schaut was er findet. Da ist das einzig brauchbare Material leider, wie eine Gruppe diesen Schwarzgekleideten angreift, von dem inzwischen längst bekannt ist, dass er ein Zivilpolizist ist. Schnell ein Text drüber gesprochen und schon haben wir wieder ein bisschen Realität produziert. Die selben Gesten, die gestern noch für gewaltbereite Autonome stehen sollten, stehen nun für zivilcouragierte ProtestlerInnen. Damit hat er getan, was seine Kollegen jeden Tag tun. Bilder zu dem geliefert, was an Aussage schon vorher fest stand und sie entsprechend der gewünschten Aussage gerahmt. Das macht die Sache nicht weniger skandalös. Nur ist der Skandal leider alltäglich.

kallekunkel@gmx.de

+++ Termine +++

Do, 16.07, 20:00 // T-Keller, Geismarlandstr. 19
Film & Diskussion:
„Lies feed the machine - Möglichkeiten der Antirepressionsarbeit im Anschluss an politische Großereignisse“
Rote Hilfe Göttingen

Di, 24.07, 20:00 // T-Keller, Geismarlandstr. 19
Der Göttinger General Hoßbach als Mittäter im Vernichtungskrieg der Wehrmacht
mit Martin Heinzelmann

Fr-Sa, 10-11.08 // Juzi
25 Jahre Juzi
Konzerte, Flohmärkte, Ausstellungen, Stände

Sa, 11.08, 13:00 // Gänseliesel
Demo: Here to stay!
für den Erhalt selbstverwalteter Freiräume
mehr: www.heretostay.de

Fr, 31.01, 20:00 // T-Keller, Geismarlandstr. 19
„Autonome in Bewegung: Aus den ersten 23 Jahren“
Buchvorstellung des Autorenkollektivs „Grauwacke“

Sa, 01.09, 20:00 // T-Keller, Geismarlandstr. 19
Auf denn, keine Frage: Frauenkampftag alle Tage!
Zur Geschichte der autonomen FrauenLesbenBewegung in Göttingen

Fr, 07.09, 20:00 // T-Keller, Geismarlandstr. 19
„Die Revolution auf der Tagsordnung“
Agit 883: Bewegung, Revolte, Underground in West-Berlin 1969 bis 1972

Sa, 15.09, 21:00 // T-Keller, Geismarlandstr. 19
35 Jahre Roter Buchladen
Konzert und Party

Jeden Mo, 20:00 // MZG 1142 (Blauer Turm)
BB-Plenum
Die entscheidende Arbeit des BB findet im Plenum statt. Interessierte und Neuzugänge sind immer herzlich willkommen.

Details und weitere Termine auf:
www.bb-goettingen.de

Besucht unsere Homepage:

Das Info-Portal für Bildungskritik!

unter:



www.bb-goettingen.de